

Ressort: Politik

Dreyer belehrt Schäuble in Sachen Rundfunkbeitrag

Berlin, 30.01.2015, 18:48 Uhr

GDN - Die Ministerpräsidentin von Rheinland-Pfalz, Malu Dreyer (SPD), hat Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) Nachhilfe in Sachen Rundfunkrecht gegeben. In einem Brief an Schäuble zeigte sie sich dem Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" zufolge "befremdet" darüber, dass der Wissenschaftliche Beirat des Finanzministeriums ein Gutachten zu einer Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks erarbeitet hatte.

Das Gremium hatte vorgeschlagen, dass ARD, ZDF und "Deutschlandradio" nur noch für Angebote zuständig sein sollen, die von den Privaten nicht geleistet werden – das würde in der Folge die Gebühr absenken. Problem an der Sache: Für Rundfunk sind die Länder zuständig. "Ich gehe nicht davon aus, dass wir den Beirat an die Kompetenzordnung des Grundgesetzes erinnern müssen, wonach Rundfunk in die Zuständigkeit der Länder fällt", schreibt Dreyer nun und empfahl dem Gremium als Lektüre die letzte Rundfunkentscheidung des Bundesverfassungsgerichts – "um sich einem sachlichen Diskussionsniveau anzunähern", berichtet der "Spiegel" weiter.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-48897/dreyer-belehrt-schaeuble-in-sachen-rundfunkbeitrag.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619